Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Lüneburg

79. Jahrgang

Ausgegeben in Lüneburg am 1. August 1968

Nr. 15

Inhalt:

	Seite		Seite
A. Personalmeldungen	109	Bekanntgabe der freien Schulstellen im Bezirk	113
B. Erlasse und Bekanntmachungen der obersten Landesbehörden		Errichtung eines Hauptseminars	114
C. Verordnungen, Rundverfügungen und Bekanntmachungen des Regierungspräsidenten		D. Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Dienststellen	
Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bokeler Heide“ in der Gemarkung Bokel, Landkreis Gifhorn	109	Verordnung über die Reinigung der öffentlichen Straßen und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Munster, Landkreis Soltau	114
Verordnung über das Naturschutzgebiet „Salzflora-gebiet bei Schreyahn“ in der Gemarkung Lensian, Landkreis Lüchow-Dannenberg	111	3. Nachtrags-Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmälern im Bereich des Landkreises Uelzen	116
Ermächtigungsverordnung zum Erlaß der Landschaftsschutzverordnungen für die Landschaftsteile „Schilfbruch“ und „Neuloh“ im Bereich des Verbandes Großraum Hannover	112	Bekanntmachung über den beabsichtigten Erlaß einer Landschaftsschutzverordnung für den Landschaftsteil „Moorgeest“ in den Landkreisen Hannover, Burgdorf und Neustadt a. Rbge.	116
Beabsichtigter Erlaß einer Landschaftsschutzverordnung für Landschaftsteile im „Warnautal“, Landkreis Fallingb.	112	Übertragung der Aufgaben der Bauaufsicht auf die Stadt Burgdorf	118
Genehmigung eines Linienverkehrs von Burgdorf nach Lehrte	113	Änderung des Geschäftsverteilungsplanes des Verwaltungsgerichts Braunschweig, hier: Änderung des Besetzungsplanes im zweiten Vierteljahr 1968	118
Lehrapothekenverzeichnis 1968/1970	113	E. Sonstige Mitteilungen	

A. Personalmeldungen

Ernannt: Sozialrat z. A. Werner Wegner bei der Regierung unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Sozialrat.

Verm.-Oberinspektor Hermann Albrecht beim Katasteramt in Lüchow zum Vermessungsamtmann.

Der Lehrer Hansheinrich Wolfes zum Rektor.

Versetzt: Schulrat Bruno Borchert vom Schulaufsichtskreis Verden-Ost in Verden an den Schulaufsichtskreis Wolfsburg I (Nord) in Wolfsburg.

C. Verordnungen, Rundverfügungen und Bekanntmachungen des Regierungspräsidenten

Verordnung des Regierungspräsidenten in Lüneburg über das Naturschutzgebiet „Bokeler Heide“ in der Gemarkung Bokel, Landkreis Gifhorn

vom 7. Juni 1968

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 und 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 in der Fassung des dritten Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 — Nds. GVBl. Sb. II, Seite 908 — sowie des § 7 Abs. 1 und 5 und § 17 der Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1935 in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 16. 9. 1938 — Nds. GVBl. Sb. II, S. 911 — wird mit Zustimmung des Niedersächsischen Kultusministers als oberster Naturschutzbehörde folgendes verordnet:

§ 1

Die „Bokeler Heide“ in der Gemarkung Bokel, Landkreis Gifhorn, ist in dem in § 2 näher bezeichneten Umfang als Naturschutzgebiet am 30. April 1968 unter der Nummer Lü. 15 vom Niedersächsischen Kultusminister als oberster Naturschutzbehörde in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt worden.

§ 2

Für den Umfang der Gebietsausweisung ist die mitveröffentlichte Karte allein maßgeblich. — Die Grenzen des Schutzgebietes sind außerdem in einem Ausschnitt der Topographischen Karte 1:25 000, Blatt 3229 Hankensbüttel, Ausgabe 1957, dargestellt. Ausfertigungen hiervon befinden sich beim Niedersächsischen Kultusminister in Hannover als oberster Naturschutzbehörde, beim Regierungspräsidenten in Lüneburg als höherer Naturschutzbehörde, beim Landkreis Gifhorn als unterer Naturschutzbehörde, beim Nieders. Landesverwaltungsamt — Naturschutz und Landschaftspflege — in Hannover und bei der Gemeinde Bokel.

§ 3

(1) Im Bereich des Schutzgebietes dürfen keine Maßnahmen vorgenommen werden, die geeignet sind, eine Veränderung oder Beeinträchtigung der Natur, insbesondere der Pflanzen-, Vogel- und übrigen Tierwelt, der Wasser- und Nährstoffverhältnisse und der Oberflächengestalt des Bodens herbeizuführen.

(2) Im Bereich des Schutzgebietes ist vorbehaltlich der in § 5 getroffenen Regelung deshalb insbesondere verboten:

a) Pflanzen, auch Bäume und Sträucher, zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden, abzureißen oder die Pflanzendecke abzubrennen,

- b) Gebüsche und Gehölze kahlzuscheren oder zu roden,
- c) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
- d) Pflanzen und Tiere einzubringen,
- e) Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Abfälle, Müll, Schutt, Abraum aller Art oder andere Bodenbestandteile einzubringen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu schädigen,
- f) Maßnahmen zur Entwässerung oder Kultivierung des Gebietes oder von Teilflächen desselben durchzuführen,
- g) die Wege zu verlassen, zu lärmern (u. a. durch Lautsprecher jeder Art), Feuer anzumachen, zu zelten, zu lagern oder Wohnwagen und andere Fahrzeuge aufzustellen,
- h) das Befahren des Gebietes mit Motorfahrzeugen jeglicher Art,
- i) Bild- und Schrifttafeln anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen,
- k) Wochenendhäuser, Verkaufsbuden, Hütten oder sonstige Bauwerke einschließlich Zäune, auch wenn sie keiner baupolizeilichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind sowie Verkehrsanlagen und militärische Anlagen zu errichten und Energie- und Versorgungsleitungen — insbesondere Freileitungen — anzulegen,
- l) die gegenwärtige Art der Bodennutzung zu ändern.

§ 4

Zur Beseitigung von Verunstaltungen oder Schäden haben die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten die von der zuständigen Naturschutzbehörde angeordneten Maßnahmen zu dulden.

§ 5

Unberührt bleiben

- a) die bisherige Nutzung in der bisher üblichen Weise,
- b) die Nutzung der Heideflächen als Schafweide einschließlich Plaggenhieb,
- c) die rechtmäßige Ausübung der Jagd,
- d) die ordnungsmäßige kleinflächenweise Nutzung der Gehölzbestände sowie die Entnahme von Reisig im bisher üblichen Umfang,
- e) das Betreten und Befahren des Gebietes durch die Besitzer oder Nutzungsberechtigten sowie der land- und forstwirtschaftliche Durchgangsverkehr auf den öffentlichen Wegen,
- f) Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung des Gebietes und seiner landschaftlichen Eigenart.

§ 6

- (1) In besonderen Fällen können Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung von der höheren Naturschutzbehörde genehmigt werden.
- (2) Eine solche Ausnahmegenehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden, die der Abwendung oder einem Ausgleich der in § 3 genannten Veränderungen oder Beeinträchtigungen dienen. Sie ersetzt nicht eine etwa nach sonstigen Vorschriften erforderliche Genehmigung.

§ 7

Wer den Bestimmungen des § 3 dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes bestraft, sofern nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind. Zwangsmaßnahmen nach sonstigen Vorschriften bleiben unberührt.

§ 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Ausgabe des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Lüneburg, in dem sie veröffentlicht ist, in Kraft.

Lüneburg, den 7. Juni 1968

— 410 — C. II. 2 —

Der Regierungspräsident
(Kaestner)

Verordnung des Regierungspräsidenten in Lüneburg über das Naturschutzgebiet „Salzfloragebiet bei Schreyahn“ in der Gemarkung Lensian, Landkreis Lüchow-Dannenberg,

vom 15. Juli 1968

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 und 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 in der Fassung vom 20. 1. 1938 (Nds. GVBl. Sb. II Seite 908) sowie des § 7 Abs. 1 und 5 und des § 17 der Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1935 in der Fassung vom 16. 9. 1938 (Nds. GVBl. Sb. II S. 911) wird mit Zustimmung des Nds. Kultusministers als oberster Naturschutzbehörde folgendes verordnet:

§ 1

Das Salzfloragebiet bei Schreyahn in der Gemarkung Lensian, Landkreis Lüchow-Dannenberg, ist in dem in § 2 näher bezeichneten Umfang als Naturschutzgebiet am 28. Juni 1968 unter der Nummer Lü 16 vom Niedersächsischen Kultusminister als oberster Naturschutzbehörde in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutze des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt worden.

§ 2

- (1) Das Naturschutzgebiet umfaßt nach dem Stand des Katasters vom 1. 1. 1965 in der Flur 5 der Gemarkung Lensian folgende Flurstücke: 6/1, 7/2, 10, 26, 188/11, 189/12, 172/6 und 174/151.
- (2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in einem Ausschnitt der Topographischen Karte 1:25 000, Blatt 3032 Lüchow, Ausgabe 1958 und in einem Lageplan im Maßstab 1:5000 aus Gründen der Anschaulichkeit eingetragen. Für den Umfang der Gebietsausweisung ist die Beschreibung in § 2 Abs. 1 dieser Verordnung allein maßgeblich. Die Karten sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung bei dem Landkreis Lüchow-Dannenberg als unterer Naturschutzbehörde hinterlegt. Weitere Ausfertigungen befinden sich bei dem Nds. Kultusminister in Hannover als oberster Naturschutzbehörde, dem Regierungspräsidenten in Lüneburg als höherer Naturschutzbehörde, beim Nieders. Landesverwaltungsamt — Naturschutz und Landschaftspflege — in Hannover und bei der Gemeinde Lensian.

§ 3

- (1) Im Bereich des Schutzgebietes dürfen keine Maßnahmen vorgenommen werden, die geeignet sind, eine Veränderung oder Beeinträchtigung der Natur, insbesondere der Pflanzen-, Vogel- und übrigen Tierwelt, der Wasser- und Nährstoffverhältnisse und der Oberflächengestalt des Bodens herbeizuführen.
- (2) Im Bereich des Schutzgebietes ist vorbehaltlich der in § 5 getroffenen Regelung deshalb insbesondere verboten:
 - a) Pflanzen, auch Bäume und Sträucher, zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden, abzureißen oder die Pflanzendecke abzubrennen,